

GFL will Kraftwerk wieder zum Thema im Rat machen

Weg über „Anregungen und Beschwerden“

Lünen ■ Auf dem Weg über „Anregungen und Beschwerden“ will die Wählergemeinschaft GFL (Gemeinsam für Lünen) die SPD- und CDU-Fraktion sowie die Verwaltungsspitze dazu bringen, sich im Rat „mit den neuen bedeutenden Erkenntnissen und Rahmenbedingungen zu dem Milliarden-Projekt der Trianel“ zu befassen.

Entsprechende Eingaben kündigt die GFL an. Hintergrund seien die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (zu erwartende hohe Kosten für CO₂-Zertifikate) für das Trianel-Kohlekraftwerksvorhaben und der „nachweislich falsche diesbezügliche Kenntnisstand der SPD-Führung“.

Die GFL verweist darauf, dass es nach Ansicht der SPD-Führungspersonen keine Handlungsmöglichkeiten seitens der Stadt bzw. ihrer

Tochtergesellschaft Stadtwerke in Sachen Trianel-Kraftwerk gebe. Ausstiegsregelungen seien aber in den Vertragsunterlagen zum Trianel-Projekt enthalten. Nachlesen könne die SPD dies in den Vertragsunterlagen oder in dem im elektronischen Bundesanzeiger abrufbaren Trianel-Jahresabschlussbericht.

Es sei richtig, dass ein Projektaustritt voraussichtlich zu bedeutenden außerordentlichen Aufwendungen führen könne – aber nicht zwangsläufig. Doch wären diese nach GFL-Einschätzung wesentlich geringer als die Schäden, die auf die Lünen Bürger und öffentlichen Haushalte im Bereich der Umwelt und Gesundheit, aber auch im Immobilien-, Vermögens- sowie Einkommensbereich zukommen würden, falls die jetzt Verantwortlichen das Trianel-Projekt realisieren sollten.